

STADT AHLEN

STADTDIREKTOR

Rathaus
Westenmauer 10
Telefon 0 23 82 - 59 0
Telefax 0 23 82 - 594 65

Stadtverwaltung · Postfach 929 · 471

Frau
Landtagspräsidentin
Landtages NW
Ingeborg Friebe
Platz des Landtages 1
Postfach 1143

4000 Düsseldorf

Amt Dezernat II

mit erteilt Herr Muermans

Durchwahl 59312
Zimmer 432

Zeichen Ihres Schreibens und Datum

Mein Zeichen und Datum

20 30 00
14. Dezember 1990

Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1991

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/338

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Friebe,

als Anlage übersende ich Ihnen eine

Resolution des Rates der Stadt Ahlen

vom 13.12.1990 mit der dringenden Bitte, diese Resolution allen Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung umgehend zur Kenntnis zu geben.

Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich.

Hochachtungsvoll

Dr. Gerd Willamowski

Anlage

RESOLUTION

Mit Bestürzung hat der Rat der Stadt Ahlen den am 16.10.1990 vom Landeskabinett beschlossenen Regierungsentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes zur Kenntnis genommen.

Nach diesem Entwurf soll der kommunale Finanzausgleich in einem unerträglichen Maße, durch Kürzungen des allgemeinen Steuerverbundes um ca. 700 Mill. DM, zugunsten des Landeshaushaltes belastet werden.

Die geplante Kürzung ist finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen. Die finanziellen Dauerschäden des massiven Eingriffs, werden zwar in 1991 vordergründig durch die hohe Abrechnung aus dem 1989er Finanzausgleich kaschiert, sie wirken aber 1992 fort und reduzieren das normale Verbundwachstum gegen Null.

Für die geplanten Kürzungen gibt es keine plausible Begründung. Im Gegenteil! Die günstige Steuerentwicklung des Jahres 1990 hat dazu geführt, daß die Neuverschuldung des Landes weit unter dem im Etat veranschlagten Betrag bleiben wird.

Vor diesem Hintergrund ist die geplante einschneidende Belastung der Kommunen, der ja eine entsprechende Entlastung des Landeshaushaltes gegenübersteht, nicht nur völlig unverständlich, sie steht auch im krassen Gegensatz zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vom 15.08.1990, die gleichmäßige Finanzentwicklung aller Haushaltsebenen sei das Hauptziel der Finanzpolitik des Landes.

Nach den Angaben des Finanzministers des Landes NRW haben sich die Steuereinnahmen von 1981 bis 1991 um 58,6 % erhöht, der Anteil der Gemeinden am allgemeinen Steuerverbund wurde in dieser Zeit jedoch nur um 23,7 % erhöht.

Der Rat der Stadt Ahlen appelliert an alle Mitglieder des Landtages, die vorgesehenen Kürzungen des Steuerverbundes zu verhindern und die Solidarität des Landes mit seinen Kommunen wiederherzustellen.